

Resignierte Verärgerung über die Querschüsse

LINKSPARTEI Sahra Wagenknecht und ihr Mann Oskar Lafontaine treiben ihre Partei mit Sticheleien zur Flüchtlingspolitik vor sich her. Nach ihrem Interview in der taz sind viele nur noch genervt von ihrer Fraktionsvorsitzenden. Doch Dietmar Bartsch springt ihr bei

VON ANNA LEHMANN

Die Linke ist jetzt noch linker. In der Berliner Parteizentrale haben sie den traditionell roten Hintergrund, vor dem jeden Montag die Parteivorsitzenden zu aktuellen Themen Stellung nehmen, mit weißen „Die Linke“-Schriftzügen besprenkelt. So wissen auch Farbenblinde, wo sie sind. Denn so manche Äußerungen aus der Partei hatten in den letzten Wochen schon einen leicht AFD-blauen Touch.

Im Januar billigte ausgerechnet die Fraktionsvorsitzende im Bundestag Sahra Wagenknecht Flüchtlingen plötzlich nur noch ein „Gastrecht“ statt des Asylrechts zu und erklärte danach mehrfach, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen könne. An diesem Montag bekräftigte sie das in der taz und nahm die islamfeindliche AfD und deren Wähler in Schutz: Es sei „falsch, alle AfD-Wähler als rassistisch zu denunzieren“. Ihr Mann, der saarländische Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine, hatte zuvor im Spiegel erneut eine Obergrenze für Flüchtlinge angemahnt – „Für alles gibt es leider Ausgabengrenzen, daher kann eine



Demonstrative Harmonie: die Kofraktionschefs Bartsch und Wagenknecht Foto: Stefan Boness/Ipon

Partei, die ernst genommen werden will, nicht sagen: aber für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht.“ Lafontaine teilte auch gegen die Parteivorsitzende Katja Kipping aus – es sei schlechter Stil, wenn man Parteifreunde in die Nähe der AfD rücke.

Parteifreunde sind genervt von den fortwährenden Sticheleien des Duos infernale, widersprechen sie doch einstimmig gefassten Beschlüssen des Parteivorstands und der Fraktion, die da lauten: Willkommenskultur stärken, offene Grenzen für

alle. „Diese Querschüsse sind ein Problem, denn sie schaffen völlig unnötige Unruhe und können Flüchtlingshelfer verunsichern“, meint Axel Troost, einer vor vier stellvertretenden Parteivorsitzenden, zur taz. Dass Wagenknecht und Lafontaine

ihre Positionen vor allem über die Medien spielten mache die Sache nicht einfacher. Troost rät deshalb bei Wagenknecht-Außerungen zur Zurückhaltung, nach dem Motto: „Die Klügere gibt nach.“ Gemeint ist Parteivorsitzende Katja Kipping, die Wagen-

tag sogar ostentativ vor sie. Im Bericht aus Berlin betonte er: „Es ist eine Unverschämtheit, Sahra Wagenknecht AfD-nahe Positionen zu unterstellen.“

Bartsch kann sich keine Debatte über Wagenknechts Eignung als Fraktionsvorsitzende leisten. Die beiden wurden im Herbst 2015 im Doppelpack an die Fraktionsitze gewählt. Muss Wagenknecht als Vertreterin des linken Flügels gehen, fällt auch der Reformer Bartsch. Auf beide wartet zudem in den nächsten Tagen eine heikle Aufgabe, die Fingerspitzengefühl erfordert: ein Gespräch mit Gregor Gysi. Der einstige Star der Linken fühlt sich unterfordert und will endlich wieder auf die Politbühne. „Seit dem Wechsel im Fraktionsvorsitz habe ich kein einziges Mal mehr im Bundestag gesprochen“, hatte Gysi in der vergangenen Woche in einem Brief an seine Nachfolger geschrieben. Er droht damit, nicht mehr zu kandidieren. In der Fraktion war man überrascht, dass Gysi seine selbstgewählte Schonzeit so abrupt beenden will. Doch dass er nicht mehr antritt, will keiner. Deshalb werde jetzt nach einer Aufgabe für Gregor gesucht.

Lafontaine warf Parteichefin Katja Kipping indirekt „schlechten Stil“ vor

knechts Bemerkungen als „nicht hilfreich“ kritisiert hatte. Auch wenn Lafontaine nun wieder gegen Kipping klagt? „Ach, Lafontaine sei doch im Grunde ein „nicht mehr sonderlich bedeutender Regionalpolitiker“, meint Troost.

In der Fraktion beobachtet man das Gebaren der Fraktionsvorsitzenden mit resignierter Verärgerung. „Man kann dazu auch etwas sagen, wenn man nix sagt“, meint Fraktionsvize Jan Korte. Die Abstimmungsergebnisse seien klar. Dietmar Bartsch, Kovorsitzender der Linksfraktion neben Wagenknecht, stellte sich am Sonn-

Ein Maulkorb für den Unbequemen

GETTO-RENTEN Der Richter von Renesse hat für NS-Opfer gekämpft – und wird vom Land NRW verklagt

KÖLN taz | Jan-Robert von Renesse ist das, was ein Richter im besten Fall sein sollte: hartnäckig im Kampf für Gerechtigkeit. Doch für seinen obersten Dienstherren, den NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (SPD), ist er ein Querulant, der Kollegen diffamiert.

Der 50-jährige Jurist von Renesse hat erfolgreich dafür gekämpft, dass Holocaust-Über-

Kassel. Denn was bis dato nicht bekannt war: Es wurden Sozialversicherungsbeiträge mit vorgehaltener Waffe von den Judenräten eingetrieben.

2002 gesteht der Bundestag den Überlebenden Altersbezüge zu. Doch es dauerte gut ein Jahrzehnt, bis die meisten Antragsteller auch positive Bescheide erhielten. Sozialrichter von Renesse störte das. Er gab

zahlen und prangert an, dass die israelischen Holocaustüberlebenden in NRW kein faires Verfahren erlebt haben sollen. Seine Petition ist erfolgreich – das Gesetz wird im Juni 2014 geändert. Doch das Justizministerium verklagt den Richter wegen falscher Tatsachenbehauptung. Ein Sprecher erklärt: „Herr von Renesse behauptet, dass in der NRW-Justiz Absprachen und Handlungen getroffen wurden, um bewusst Holocaustüberlebenden zu schaden. Das können wir so nicht stehen lassen.“ Für von Renesse ist unbestritten, dass es in den Jah-

bis zum heutigen Dienstag gutlich zu einigen. Andersfalls droht es dem Sozialrichter härtere disziplinarische Schritte an – etwa eine Entfernung aus dem Dienst. Der Streit soll mit maximalem Druck möglichst rasch aus der Welt geschafft werden, die von der Anklage ursprünglich geforderten 5.000 Euro Geldbuße sind vom Tisch.

Es geht wohl um einen Deal. Der Sozialrichter soll sich verpflichten, künftig kein Wort mehr öffentlich über die Getto-renten zu sagen: „Das Verfahren dient dazu, mich zum Schweigen zu bringen.“ Mit Rücksicht auf seine Familie sieht der vierfache Vater und Sohn der früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Margot von Renesse keine Wahl, als den Vergleich abzuschließen. Er ist müde, weitere Verfahren würden Jahre dauern, ihn zermürben.

NRW-Justizminister Kutschaty dürfte aufatmen. Vergangene Woche wurde der Fall noch einmal im Rechtsausschuss verhandelt – auf Antrag der CDU-Fraktion, nicht öffentlich. Kutschatys Image ist längst angekratzt. Bei diesem sensiblen Thema kann er nur verlieren. Auch beim Richterdienstgericht in Düsseldorf, wo das Verfahren anhängig ist, heißt es: „Hier geht keiner als Gewinner raus.“ Es klingt zynisch – mit Blick auf Tausende Holocaustüberlebende, die bis zu ihrem Tod vergeblich auf Rentenzahlungen hofften. **CLAUDIA HENNEN**

Ist lustloser Sex mit dem Mann schon Prostitution?

ROTLICHT NRW will im Bundesrat Änderungsanträge beim Prostituiertenschutzgesetz einreichen

BERLIN taz | Angenommen, eine Kroatianin möchte in Berlin, Düsseldorf oder Hamburg als Prostituierte arbeiten. Dafür muss sie sich künftig anmelden und sich gesundheitlich beraten lassen. Sie sieht es das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz vor, das 2017 in Kraft treten soll.

Und angenommen, die Sachbearbeiterin im Amt, wo Anmeldung und Beratung stattfinden sollen, nimmt die Sache tatsächlich so ernst, wie sich Union und SPD das mit dem Gesetz wünschen – dann hätte die Beamtin jede Menge Probleme.

Sie bräuchte zum Beispiel eine Dolmetscherin, wenn sie selbst kein Kroatisch und die andere kein Deutsch spricht. Sie bräuchte Zeit, denn so ein Gespräch kann dauern. Schließlich soll die Beamtin so viel Vertrauen aufbauen, dass die Frau sich als Zwangsprostituierte zu erkennen gibt, falls sie tatsächlich eine ist. Und die Sachbearbeiterin bräuchte so etwas wie eine soziokulturelle Ausbildung, denn es könnten zahlreiche kulturelle Missverständnisse zwischen den beiden Frauen lauern.

Wer soll das leisten? Wer soll das bezahlen? Wir können das jedenfalls nicht, wehren sich Länder und Kommunen gegen das Bundesgesetz, das massive Auswirkungen auf den Behördenalltag vor Ort hat. So enthält das Gesetz allein über 30

neue Verwaltungsvorgaben, die die Länder und Kommunen umsetzen sollen.

In Nordrhein-Westfalen ist die Kritik am Gesetz so heftig, dass das Land zahlreiche Änderungsanträge einreichen will, wenn das Prostituiertenschutzgesetz am 13. Mai im Bundesrat behandelt wird. Das hat die taz aus internen Kreisen erfahren. Neben der Anmelde- und Beratungspflicht will NRW auch die Kondompflicht für Freier kippen. Letztere hält Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne) ohnehin für „jenseits jeglicher Realität“. Fragwürdig sei zudem die Gesetzesdefinition für „sexuelle Dienstleistungen“: Darunter könnte jetzt sogar der lustlose, aber dankbare Beischlaf mit dem Partner fallen, weil der den Urlaub bezahlt.

Ob die Länder etwas gegen das Gesetz ausrichten können, ist allerdings unklar. Die Bundesregierung sieht es als nicht zustimmungspflichtig an, NRW dagegen schon. So rechnet das Flächenland mit zweistelligen Millionenbeträgen, die Anmeldung, Beratung und Kontrolle jährlich kosten würden. Für sie Grund genug, um das Gesetz wenigstens in Teilen abmildern zu wollen. Andererseits dürften hohe Kosten fürs Sexgewerbe angesichts knapper Kassen schwer zu vermitteln sein.

SIMONE SCHMOLLACK



Interviews mit Medien: Das soll der Sozialrichter lassen Foto: dpa

lebende, die während des Zweiten Weltkrieges in Gettos schufteten, Rentenansprüche erhalten. Bis 1997 wurde die Arbeit im Getto als Zwangsarbeit eingestuft und durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ entschädigt. Doch dann erstritt eine ehemalige Näherin aus dem Getto Łódź erstmals eine deutsche Rente vor dem Bundessozialgericht in

historische Gutachten auftrag, fuhr nach Israel, sprach mit Überlebenden. Sein Alleingang half den Antragstellern, kam beim Arbeitgeber aber nicht gut an: 2010 wird von Renesse in einen anderen Bereich versetzt. Der Sozialrichter klagt dagegen, bislang erfolglos. 2012 wendet er sich mit einer Petition an den Bundestag. Er fordert, Getto-renten auch rückwirkend zu

Von Renesse soll sich verpflichten, kein Wort mehr zu dem Thema zu sagen

ren 2006 bis 2010, als er mit den Rentenbescheiden betraut war, Versäumnisse gab. Allerdings: „Ich habe nie Kollegen als Antisemiten bezeichnet.“

Der Fall von Renesse ist längst ein Politikum. Die Vorsitzende der Dachorganisation der Schoah-Überlebenden, Colette Avital, schrieb einen Protestbrief an die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Das Simon Wiesenthal Center rief das Verfahren in einem Brief an Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) als „Schikane“ bei Prozessauftakt Mitte März forderte das Gericht beide Parteien auf, sich

Generation Tschernobyl

Wie die Deutschen zu einem Volk der Strahlungsmesser wurden, warum sich die Atomkraft heute nicht mehr lohnt und wie eine atomkraftfreie Zukunft aussehen könnte.

12 Sonderseiten zu „30 Jahre Tschernobyl“
in der taz vom 23. April
Am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten